

Altpreussische Zeitung

Elbinger

Lageblatt.



Dieses Blatt (früher „Neuer Elbinger Anzeiger“) erscheint wochentlich und kostet in Elbing pro Quartal 1,60 R., mit Botenlohn 1,90 R., bei allen Postanstalten 2 R.

Telephon-Anschluß Nr. 3.

Insertions-Aufträge an alle auswärtigen Zeitungen vermittelt die Expedition dieser Zeitung.

Insertate 15 S., Nichtabonnenten und Auswärtige 20 S. die Spaltzeile oder deren Raum, Reklamen 25 S. pro Zeile, Belegexemplar 10 S. Expedition Spieringstraße 13.

Verantwortlich für den gesammten Inhalt:

Max Wiedemann in Elbing.

Eigentum, Druck und Verlag von H. Gaatz in Elbing. (Zuh.: Frau Martha Gaatz.)

Nr. 57.

Elbing, Mittwoch, den 9. März 1898.

50. Jahrgang.

Aus der Chronik von 1848.

6. März. Da der König von Baiern mit der formellen Veröffentlichung seiner Zusagen zögerte, so bildeten sich in München aufs Neue bewaffnete Volkshaufen. Endlich Mittags erschien eine königliche Proklamation, die alle Wünsche, unter anderem Pressefreiheit, ein freisinniges Wahlgesez, Minister-Verantwortlichkeit, Bereidigung des Heeres auf die Verfassung etc., zubilligte. Außerdem erklärte darin der König seine Begeisterung für die deutsche Sache. „Baierns König,“ so lautet der Schluß, „ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu sein. Alles für mein Volk, alles für Deutschland!“ Schon am Nachmittag wurde das Heer auf die Verfassung vereidigt. Gleichzeitig wurde der sehr populäre Bürgermeister von Regensburg, Herr von Thon-Dittmer, in das Ministerium berufen, aus dem Herr Breda bereits verschwunden war. Die Münchener jubelten und erleuchteten Abends die Häuser.

In Würtemberg veranlaßten die schnellen Erfolge der badißchen Volksbewegung ebenfalls ein energisches Bestehen auf den Forderungen des Volkes, so daß sich die Regierung wenigstens zu scheinbaren Zugeständnissen bequeme. Ihre Besorgnisse waren besonders gerechtfertigt, seitdem auch die württembergischen Bauern sich zusammenroteten, die adeligen Schlösser und die Rentämter überfielen, um die Feudalurkunden, die Rent- und Zinsbücher zu verbrennen, wobei auch wohl das sonstige Inventar nicht gespart wurde und auch gelegentlich ein Schloß selbst in den Flammen aufging. — Der König entließ den reaktionären Minister von Schlayer und seine Kollegen, allerdings nur die Minister des Innern zu ernennen. Sofort begann der Sturm von Neuem. Im Hause der Bürger-Gesellschaft wurde sofort ein Protest an die Stände unterzeichnet. Das in Aussicht genommene Ministerium Linden-Barnhüter erklärte Nachmittags dem König, es fürchte im gegenwärtigen Augenblick durch Annahme der Portfeuille dem Thron und dem Vaterlande zu schaden. Der König entschloß sich nunmehr zu völligem Nachgeben.

Der seit Mitte Januar in Berlin tagende Ausschuß der Provinzialstände wurde durch den König geschlossen und dabei zugesagt, den aus Vertretern der Provinzialstände bestehenden, Vereinigten Landtag“ von jetzt ab regelmäßig zusammenzutreten zu lassen. — Am demselben Tage fand Abends an den „Belten“ (eine Reihe von Bier- und Kaffeehäusern, die der Spree entlang im Thiergarten liegen) unter freiem Himmel eine aus Handwerker, Arbeiter, Studenten etc. bestehende 5 bis 600 Personen starke Versammlung statt, um die Forderung der Volkess zu formulieren. Doch brachte die Versammlung nichts Wesentliches zu Stande. — Auch aus Köln, Breslau, Königsberg, Aachen, Düsseldorf, Elberfeld, Halle, Magdeburg und vielen andern preußischen Städten liefen in diesen Tagen Adressen mit den bekannten Forderungen in Berlin ein.

Im Königreich Hannover war im Jahre 1837 Ernst August von Cumberland auf den Thron gelangt. Er hatte sofort die bestehende Verfassung aufgehoben und von sämtlichen Staatsbeamten die Leistung eines neuen Dienstheides verlangt, was nur von sieben Göttinger Professoren, den berühmten „Göttinger Sieben“, verweigert wurde. Der König hatte danach wie ein Sultan regiert. Die Märzbewegung des Jahres 1848 schlug auch in das selbstherrliche regierte Land Hannover hinein. In der hannoverschen Stadtvertretung hatte der Bürgermeister Peters eine Petition auf Pressefreiheit, Einberufung der Stände und Volksbewaffnung beantragt. Mit dem letzteren Punkte drang er nicht durch. Es wurde dafür der Wunsch auf ein deutsches Parlament eingesezt.

Im niederösterreichischen Gewerbeverein zu Wien wird eine Adresse an den Kaiser angenommen. Es war darin die Rede vom Anschluß an das gemeinsame Deutschland und Zuversicht auf eine künftige Aenderung des Regierungssystems.

Italien. Senat und Rath von Rom wenden sich an den Papst mit der Bitte um eine Verfassung.

7. März. Die Bewegung in Berlin begann zu steigen, die Kurse an der Börse stark zu fallen. Viele Fabriken entließen Arbeiter, wodurch die Unzufriedenheit erhöht wurde. Im Magistrat beantragten einige Stadträte, eine Petition an den König um schnelle Einberufung des Vereinigten Landtags, Pressefreiheit und Gleichberechtigung der Konfessionen zu richten. Doch bewirkte der Einfluß des servilen Oberbürgermeisters Krausnick, daß der

Antrag mit 18 gegen 9 Stimmen fiel. Abends war wieder Volksversammlung bei den Belten, die schon bedeutend stärker besucht war. Es wurde eine Adresse „Die Wünsche der Berliner Jugend“ angenommen. Eine Deputation sollte sie dem König überreichen. Die Wache im königlichen Schloß wurde verstärkt.

Auch im Badißchen begann es in den ländlichen Gemeinden in bedenklicher Weise zu gähren. Im Odenwald und Taubergrund, wo vor über 300 Jahren der Bauernkrieg tobt, im Kraichgau und am Neckar wurden die Schlösser der adeligen Herren überfallen und die Älten verbrannt. Vielfach wurden auch die Herren gezwungen, wenn sie der Lynchjustiz entgehen wollten, es selber zu thun. Im Elsaß, in Bruchsal und im Taubergrund richtete sich die Bauernbewegung gegen die Juden. Man verurtheilte ihre Häuser und zerstörte ihr Eigentum. Die gegen diese Judenverfolgungen gerichteten Proteste der liberalen Abgeordneten und Volksführer in Karlsruhe blieben erfolglos.

Der König von Hannover eröffnete den Stadtbehörden auf die vorgetragenen Bitten: die Stände habe er einberufen. Was die Pressefreiheit anlangt, so könne er nichts versprechen, da er nicht wisse, was er an die Stelle der Zensur setzen solle. Eine Vertretung des Volkes beim Bundestag sei unthunlich, da er das Volk genügend vertritt. In Osnabrück veranstaltete der liberale Bürgermeister Stübe eine Volksversammlung, die eine Adresse annahm, in der alle von den Süddeutschen aufgestellten Forderungen enthalten waren. Die von vorgeschiedenen hannoverschen Städten abgehenden Abordnungen wurden vom König garnicht empfangen.

In Kassel erhielt eine Deputation aus Marburg, unter der sich auch der Brauereibesitzer Lederer befand, am 5. März vom Kurfürsten den klassischen Bescheid: „Kein Bierbrauer regieren. Unversität verlegen. Auzienz beendet.“ Als die Deputation mit diesem Bescheid nach Marburg zurückkam, wurde die Sturmglocke gezogen. Der verhaszte Staatsminister Scheffer und die kurfürstliche Familie verließen infolge der wachsenden Bewegung die Residenz. Am 7. Abends wurde unter Trommelschlag in Kassel bekannt gegeben, daß der Landesvater unter Berücksichtigung der dormaligen Zeitverhältnisse die Zensur aufheben und einige andere Zugeständnisse machen wolle. Damit war jedoch die Bevölkerung nicht zufrieden. Die Hanauer hatten eine Deputation mit einem Ultimatum nach Kassel geschickt mit der Mittheilung, wenn bis zum 11. März, Mittags 12 Uhr nicht sämtliche Forderungen bewilligt seien, so werde die Bevölkerung des südlichen Theils des Kurfürstenthums sich mit dem liberaleren Hessen-Darmstadt verbinden. In der That waren zahlreiche Hülfschaaren vom Odenwald, aus dem Fuldathal, aus Gießen, Friedberg, Offenbach, Frankfurt, Mainz etc. herbeigeschickt. In Hanau wurden die Straßen verbarrikadirt, die Thore geschlossen, während viele Tausende wehrfähiger Bürger unter den Waffen standen. Das Militär verließ die Stadt.

Eine Rückzugskanonade.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Das Zentrum hat sich bekanntlich bei der ersten Lesung des Flottengesetzes entschieden dagegen ausgesprochen, für Ausführung des Flottengesetzes, wenn dieselbe eine Steigerung der Steuerlast nöthig mache, wieder auf eine Erhöhung der indirekten Steuern, die die minder leistungsfähigen Schultern am meisten drücken, zurückzugreifen; und daraus erwuchs natürlich den Mitgliedern des Zentrums in der Budgetkommission die Verpflichtung, ihrerseits diesbezügliche Steuervorschläge zu formulieren. Sie konnten sich dieser Verpflichtung um so weniger entziehen, nachdem sie übrigens in allen wesentlichen Punkten die Regierungsvorlage heruntergeschluckt hatten und mit dem Vorschlage, die siebenjährige Frist für die Herstellung des Sollbestandes der Flotte in eine Gjährige zu verkürzen, zum Theil sogar noch über die Regierungsvorlage hinausgegangen waren! Die Herren müßten ihren Wählern doch etwas bieten, womit sie sich über die erhebliche Verkürzung des Staatsrechtes des Reichstages trösten können, damit sie ihnen nicht etwa bei den nächsten Wahlen in großen Haufen abtrünnig werden und den Landbündlern etc. zulaufen. Wenn die Presse des Zentrums die Meinungen der Zentrumsmitglieder genau wieder spiegelt, so ist man hier in weiteren Kreisen mit der überaus regierungsfreundlichen Haltung der Herren Lieber und Genossen durchaus nicht einverstanden und zeigt kein richtiges Verständnis

für die diplomatischen Künste derselben. Da müssen denn die Herren wenigstens einen löblichen Fleiß entwickeln und den Versuch machen, eine direkte Steuer-Einnahme für das Reich zu konstruieren.

Daher der Antrag Lieber und Genossen, der die letzte Sitzung der Budgetkommission mehrere Stunden beschäftigt hat, obgleich eine Abstimmung darüber dadurch von vornherein ausgeschlossen war, daß der Staatssekretär Graf v. Posadowsky für die verbündeten Regierungen erst Bedenkzeit erbat, um sich zu entscheiden, ob und eventuell wie sie einer Aufnahme der Deckungsfrage in das Gesetz würden ihre Zustimmung erteilen können. Die ganze Debatte erhielt dadurch nur einen informativen Charakter und kann sich von neuem entspinnen, wenn die Regierungen das Resultat ihrer Erwägungen mittheilen werden. Die wichtigste Frage aber ist: wird das Zentrum, wenn die Regierungen die Aufnahme der Deckungsfrage ins Gesetz ablehnen, an seinem Standpunkt festhalten oder sich auf eine nichtslagende Formel im Gesetz oder gar auf eine noch unschuldigere Resolution neben dem Gesetz, die die Regierungen zu garnichts verpflichtet, zurückdrängen lassen?

Der Antrag Lieber und Genossen geht bekanntlich dahin, dem eine Gesamtsumme von 117½ Millionen Mark übersteigenden Jahresbedarf der Marine durch außerordentliche Matritularbeiträge zu decken, welche von den Einzelstaaten durch landesgesetzlich zu regelnde Zuschläge zu den direkten Steuern unter Freilassung der unteren und mittleren Steuerstufen und in Ermangelung einer solchen landesgesetzlichen Regelung durch Zuschläge zur Einkommensteuer von allen Einkommen von 1000 Mark und mehr aufgebracht werden sollen.

Mit diesem Antrag konkurrierten mehrere andere, so namentlich der des Abg. Richter, der die Einführung einer quotifirten Reichsvermögenssteuer verlangt, von allen Vermögen von 100000 Mk. oder mehr, um damit den Weg zu bahnen zur Entlastung von indirekten Steuern und Ertrag derselben durch diese direkte Steuer. Unstreitig ist dieser Antrag in jeder Hinsicht klarer und leichter durchführbar als der Antrag Lieber, gegen den von verschiedenen Seiten auch vom föderalistischen Standpunkte aus manche Bedenken geltend gemacht wurden.

Die Herren Lieber und Gröber verteidigten erst ihren Antrag mit allem Nachdruck, indem sie insbesondere an der Erfahrung zeigten, wie wenig auf allgemeine Zusicherungen der Regierung, nur die leistungsfähigen Schultern belasten zu wollen, zu geben sei, aber im Laufe der Debatte zogen sie sich nun nicht etwa auf den Antrag Richter zurück, der ihren Ansichten im Wesentlichen doch auch entsprach, sondern zeigten mehr Neigung, den vom Abg. v. Bennigen ihnen empfohlenen Weg zu betreten, d. h. ein Gesetz zu verabschieden, den 117½ Mill. Mark übersteigenden Jahresbedarf der Marine „durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten Reichssteuern zu decken“. Damit bleibt die Frage ungelöst, was geschieht, wenn vorkommenden Falls über die Deckung des Mehrbedarfs eine Verständigung zwischen Reichstag und Bundesrath nicht erzielt wird, während der Antrag Richter diese Frage garnicht auskommen läßt. Jedenfalls verrieth eine Schlussbemerkung des Abg. Gröber, daß die stattgehabte Debatte insofern schon sehr werthvoll gewesen sei, als sie zu einer fast allgemeinen Anerkennung des Prinzips der direkten Besteuerung geführt habe, eine Resignation, zu der das Zentrum an sich gar nicht genöthigt ist, weil es für den wesentlichen Inhalt seines Antrages die Mehrheit der Kommission erlangen kann. Man muß danach auf den Verdacht kommen, daß die anscheinend so energische Aufrollung der Deckungsfrage für das Zentrum nur die Bedeutung einer Rückzugskanonade hat. Das Zentrum will sich auch in dieser Frage bescheiden, vorher aber doch etwas gethan zu haben scheinen gegen eine weitere Belastung der breiten Volksmassen mit höheren indirekten Steuern.

Wenn auch seitens der freisinnigen Volkspartei Anträge zur Deckungsfrage gestellt sind, so haben dieselben selbstverständlich immer nur eine eventuelle Bedeutung für den Fall der Annahme des Flottengesetzes, der aber die Partei ihrerseits widerspricht.

Politische Uebersicht.

Der Vertrag zwischen Deutschland und China. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Die von dem Kaiserlichen Gesandten in Peking mit der chinesischen Regierung geführten Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Der Vertrag, welcher auch die an Deutschland in Schantung gewährten

wirtschaftlichen Zugeständnisse umfaßt, ist am 6. d. M. von beiden Theilen unterzeichnet worden.

Fürst Bismarck hat den Sammelpolitikern einen Streich gespielt. Er hat allerdings zu der bekannten Sammlungszerklärung seine Unterschrift gegeben, aber nicht, bevor er vorher in der Ueberschrift „Wirtschaftlicher Wahlaufruf“ das Wort „Wahl“ durchstrichen und damit bekundet hat, daß er nicht wünscht, seinen Namen mit den Wahlen in Verbindung gebracht zu sehen. Ohne die Nubarmachung als „Wahlaufruf“ aber hat der ganze Aufruf im Sinne seiner Verfasser keine Bedeutung. Dieselben sind also jetzt vor die Alternative gestellt, entweder ihren Aufruf ins Wasser fallen zu lassen oder auf die Unterschrift des Fürsten Bismarck darunter zu verzichten.

Zum Kabinettswechsel in Oesterreich. Obwohl bei der Bildung des Ministeriums Gausch bereits feststand, daß dasselbe nur ein Uebergangsmministerium sein würde, um den badißchen Konkurs abzuwickeln, hat die plötzliche Demission des Kabinetts doch allgemein überrascht. Man bringt sie jetzt in Verbindung mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich. Es wird mitgetheilt, daß Ministerpräsident v. Gausch bereits am vorletzten Sonntag in Budapest das Entlassungsgesuch des Ministeriums überreicht habe mit der Erklärung, er sei außer Stande, die geforderte Bürgschaft für die Durchbringung der Ausgleichsvorlagen zu geben. Durch den Austritt des Herrn v. Gausch sind diese Schwierigkeiten nicht gehoben worden. Denn die Differenzen zwischen den beiden Regierungen, namentlich wegen der Quotenfrage, bleiben auch für das neue Ministerium bestehen. Einstweilen ist bekanntlich das Verhältniß zu Ungarn durch eine kaiserliche Verordnung geregelt worden. Der Versuch des Ministeriums Gausch, in dem Streit zwischen den Deutschen und den Tschechen eine Verständigung herbeizuführen, ist völlig gescheitert. Der baldige Austritt Gauschs konnte nach seinen zahlreichen Mißerfolgen keinem Zweifel unterliegen, unmittelbar nach Erlaß der neuen Sprachenverordnungen hat man ihn aber nicht erwartet.

Der neue österreichische Ministerpräsident Graf Franz Thun, der seit ungefähr Wochenfrist in Wien anwesend ist und dort Audienzen beim Kaiser hatte, ist am 2. September 1847 als Sohn des Grafen Friedrich Thun, des vormaligen Präsidial-Gesandten in Frankfurt, geboren. Graf Franz Thun schlug zuerst die militärische Karriere ein und diente bei den Dragonern. Im Jahre 1877 trat er aus der Armee als Oberleutnant in der Reserve aus. Als er, kaum zweiunddreißig Jahre alt, im Jahre 1879 ins politische Leben eintrat, schloß er sich alsbald dem mit den Tschechen verbündeten Feudaladel an. Vor zehn Jahren legte er mit einer Landtagsrede sein politisches Glaubensbekenntnis ab, das in dem Wunsche nach Krönung des Kaisers Franz Josef zum König von Böhmen gipfelte. Ein Jahr später zum Statthalter von Böhmen ernannt, zog er bald den Zorn der inzwischen obenauz gekommenen Jungtschechen auf sich, als er für die Wiener Ausgleichspunktationen eintrat und als im Jahre 1893 in Folge des wüthen Feztreibens der Jungtschechen und Omlabnisten der Ausnahmestand über einen Theil Böhmens verhängt werden mußte, gab es in Tschechien keinen verhassteren Mann, als den Grafen Franz Thun, wiewohl gerade er sich die größten Verdienste um das tschechisch-nationale Ausstellungsunternehmen in Prag, den von den Deutschen sogenannten „Bubentischer Jahrmart“, erworben hatte. Es war ihm bestimmt, zu den Opfern der badißchen Regierungskunst zu gehören; Anfang 1896 wurde er vom Prager Statthalterposten abberufen, doch galt er seither als der „kommende Mann“ der Feudalpartei.

Die Ernennung des Grafen Thun ist nicht gerade ein Zeichen von Entgegenkommen gegen die Wünsche der Deutsch-Böhmen; andererseits darf man hoffen, daß seine genaue Kenntniß der Tschechen den neuen Ministerpräsidenten gegen deren Forderungen widerstandsfähiger machen wird.

Das neue Kabinet wird nach der „N. Fr. Pr.“ folgendermaßen zusammengesetzt sein: Präsidium und Ministerium des Innern Graf Thun-Hohenstein; Landesverteidigung Graf Welfer v. Welfersheim; Eisenbahnen Dr. Ritter v. Wittek; Justiz Dr. Eder v. Auber; Kultus und Unterricht Graf Bylandt-Aheydt (bisheriger Ackerbauminister); Handel Dr. v. Bärenreiter (verfassungsgetreuer Großgrundbesitzer); Finanzen Dr. Raizl (Jungtscheche); Ackerbau Baron Kaff. Als polnischer Landmann-Minister

hatten sich am 4. Dezember v. J. die Arbeiter Friedrich Menz, Karl Eisner, Hermann Kaiser und Gottfr. Kuhn von hier einen starken Rausch ange-trunkten. In der Langen Niederstraße sollen sie verschiedene Passanten angefallen und mit Fäusten mißhandelt haben. Die Mißhandlungen können jedoch nur den Angekl. Menz rekognoscieren, da eine starke Dunkelheit geherrscht hat. Trotzdem erkannte der Gerichtshof wegen gefährlicher Körperverletzung gegen alle vier Angekl. auf eine Gefängnisstrafe von je vier Monaten und wurden dieselben wegen Muth-verdachts sofort in Haft genommen.

In seiner Eigenschaft als Nach-wächter mit einer Pötte bewaffnet, griff der Schutzmacher und bisherige Nachtwächter Boehnte im angetrunkenen Zustande am 16. Januar d. J. Morgens gegen 6 Uhr in der Fischerstraße den Korb-waarenfabrikanten News an, warf ihn zur Erde und bearbeitete ihn mit dem spitzen Ende der Pötte, so daß News fast bewußtlos wurde. News hat dem Boehnte einen Schlag mit der Faust ver-setzt. Auf Grund der Beweisaufnahme erkannte der Gerichtshof gegen Boehnte wegen gefährlicher Körperver-letzung auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und gegen News wegen einfacher Körperverletzung auf eine Geldstrafe von 3 Mk. bzw. 1 Tag Ge-fängnis.

Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung dreier Nachtwächter erhält der Drehergeselle Paul Klein von hier eine Geldstrafe von 10 Mk. bzw. 2 Tage Gefängnis.

Telegramme.

Berlin, 8. März. In der Budgetkommission des Reichstages wurden sämtliche in dem Etat für 1898/99 geforderten Schiffsbauten einstimmig genehmigt.

Berlin, 8. März. Nach einer bei dem Oberkommando der Marine eingegangenen telegraphischen Meldung sind die Kreuzer „Deutschland“ und „Gefion“, Divisionschef Prinz Heinrich von Preußen, am 8. März in Hongkong eingetroffen.

Wien, 8. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein huldvolles Handschreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten Gautsich, worin er die Demission des Kabinetts annimmt und erinnert, daß das Ministerium unter sehr schwierigen Verhältnissen in patriotischer Hingebung dem Rufe des Kaisers gefolgt sei und durch unermüdete Pflichterfüllung um die Krone und den Staat sich verdient gemacht habe. Der Kaiser gedenkt der lang-jährigen Staatsdienste Gautsich's und befehlt sich seine Wiederverwendung vor, er verleiht ihm die Brillanten vom Großkreuz des Leopoldordens. Weitere Handschreiben danken Böhm.-Bawerk, Latour, Körber, Voelb für die geleisteten Dienste. Ersteren dreien wird der Orden der Eisernen Krone erster

Klasse verliehen unter Vorbehalt der Wiederverwendung.

Wien, 8. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das Handschreiben des Kaisers, wo-mit die neuen Minister ernannt respektive wiederernannt werden. Die Zusammensetzung des Kabinetts ist die bereits gemeldete.

Wien, 8. März. Wie die „Neue Fr. Presse“ meldet, wird den Delegationen eine größere Kreditforderung für die Ausgestaltung der Hafenanlage in Tesbo in der Boche di Cattaro, wo sich die Flottenstation der Kriegsmarine befindet, zugehen.

Prag, 7. März. Heute Abend kam es neuerdings auf dem Graben zu großen Ansammlungen. Mehreren Gruppen deutscher Studenten, unter denen sich einzelne in Farben befanden, folgte eine große Menschenmenge mit Heil- und Raubrufen. Etwa 100 Wackleute zu Fuß und 30 Berittene zerstreuten die Menge. Eine Anzahl Personen wurde wegen Widersehlichkeiten zur Wache gebracht. Um 9 Uhr Abends herrschte vollkommene Ruhe.

London, 8. März. Die „Times“ führt in einem Artikel aus: Wir können uns nicht den Anschein geben, als theilten wir die Zweifel und Besorgnisse nicht, welche sich allmählich in der Finanz- und Geschäftswelt fühlbar machen, sie scheinen uns nur zu gut begründet zu sein. Wir sind verpflichtet, in Selbstverteidigung dem Prinzip der verschlossenen Thüren aufs Neueste uns zu widersetzen. Um dieses Grundsatzes willen sind wir entschlossen, unsere westafrikanischen Provinzen vor einer Einengung durch die französischen Besitzungen zu bewahren. Zur Vertretung dieses Prinzips auf dem großen Markte im fernen Osten sind wir bereit, selbst der Möglichkeit europäischer Verwicklungen muthig entgegenzusehen.

London, 8. März. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kobe von gestern ist der koreanische Minister, welcher seine Entlassung genommen hatte, wieder mit demselben Posten betraut worden. In-folge dessen haben die sämtlichen übrigen Minister ihr Amt niedergelegt, um gegen dieses Zugeständnis an Rußland zu protestieren.

Rom, 8. März. Depeschen aus Messina und Foggia melden, daß infolge des Sturmes während der letzten Nacht mehrere Schiffe verloren gegangen sind. Die Mannschaften derselben seien jedoch ge-rettet worden, zwei Schifferfahrzeuge seien zer-schlagen worden.

Charlow, 8. März. Auf dem Bahnhofe in Balaschew stieß ein Güterzug auf einen Brellbock. 3 Wagen wurden zertrümmert, ein Beamter ge-tödtet und mehrere verletzt.

Bourges, 8. März. Durch eine Explosion in der Feuerwerferschule wurde ein Mann getödtet und 3 schwer verletzt.

Madrid, 8. März. Es ist unrichtig, daß Spanien am Sonntag an die Vereinigten Staaten die Forderung der Abberufung des General-konfules Lee in Havanna richtete oder daß es die Absicht hatte, dies zu thun.

Athen, 8. März. Das Gesetz, betreffend die Finanzkontrolle und das Abkommen mit den Staats-gläubigern ist endgiltig von der Kammer genehmigt worden und wird unverzüglich vom Könige vollzogen werden.

Washington, 8. März. Nach einer Konferenz im Weißen Hause, an welcher der Marinefretär Long und mehrere hervorragende Mitglieder des Kongresses theilgenommen hatten, brachte der Vor-sitzende des Ausschusses für die Kredite Cannon im Repräsentantenhause eine Bill ein, durch welche dem Präsidenten der Union zu Zwecken der nationalen Verteidigung 50 Mill. Dollars zur Verfügung gestellt werden. Die Bill wurde dem Ausschuss für die Kredite überwiesen.

Peking, 8. März. Rußland unterhandelt mit China wegen der Abtretung von Port Arthur und Talienswan. Die Verhandlungen werden in Peters-burg geführt. Man betrachtet die Angelegenheit als geregelt.

Börse und Handel.

Telegraphische Börsenberichte.

Berlin, 8. März, 2 Uhr 25 Min. Nachm.

Börse: Abgezwängt.	Cours vom	7./3.	8./3.
3 1/2 pCt. Deutsche Reichsanleihe		103,90	103,90
3 1/2 pCt. „		103,90	103,90
3 pCt. „		97,20	97,20
3 1/2 pCt. Preussische Conpols		103,90	103,90
3 1/2 pCt. „		103,90	103,80
3 pCt. „		98,10	98,10
3 1/2 pCt. Ostpreussische Pfandbriefe		100,50	100,60
3 1/2 pCt. Westpreussische Pfandbriefe		101,20	101,20
Oesterreichische Goldrente		104,30	104,10
4 pCt. Ungarische Goldrente		103,70	103,60
Oesterreichische Banknoten		170,20	170,15
Russische Banknoten		216,70	216,75
4 pCt. Rumänier von 1890		94,70	94,70
4 pCt. Serbische Goldrente, abgestemp.		62,20	62,50
4 pCt. Italienische Goldrente		94,10	94,00
Disconto-Commanbit		204,60	204,70
Mariens.-Blaw. Stamm-Prioritäten		121	121,00

Spiritus 70 loco 42,30 A
Spiritus 50 loco 62,00 A

Königsberg, 8. März, 12 Uhr 53 Min. Mittags

(Von Portatius & Grothe, Getreide-, Mehl- u. Spirituscommissionsgeschäft.)

Spiritus pro 10,000 L. excl. Faß.

Loco nicht contingentirt 42,00 A Brief

März 42,00 A Brief

Loco nicht contingentirt 41,50 A Gete

März 40,50 A Gete

Danzig, 7. März. Getreidebörse.
Für Getreide, Hülsenfrüchte und Deliaaten werden außer den notirten Preisen 2 A per Tonne, sogen. Factorei-Provision, unfarcemäßig v. Käufer a. d. Verkäufer vergütet.
Weizen. Tendenz: Best.

Umsatz: 150 Tonnen.	
inl. hochbunt und weiß	195,00
hellbunt	185,00
Transit hochbunt und weiß	160,00
hellbunt	148,00
Roggen. Tendenz: Unverändert.	
inländischer	133,00
russisch-polnischer zum Transit	105,00
Gerste, große 622-692 g	144,00
kleine (615-656 g)	120,00
Hafer, inländischer	132,50
Erbsen, inländische	140,00
Transit	125,00
Rüben, inländische	220,00

Spiritusmarkt.

Danzig, 7. März. Spiritus pro 100 Liter contingentirt loco 61,50, nicht contingentirt loco 41,25 bezahlt.

Stettin, 7. März. Loco ohne Faß mit 70,00 A Konsumsteuer 42,00.

Zuckermarkt.

Magdeburg, 7. März. Kornzucker excl. von 88% Rendement 10,10-10,32. Nachprodukte excl. von 75% Rendement 7,45-7,90. Ruhig. — Gemahlene Raffinade mit Faß 23,12-23,50. Melis 1 mit Faß 22,62-22,75. Ruhig.

Glasgow, 7. März. [Schlußpreis.] Mixed numbers warvantes 46 sh 7 d. Ruhig.

6 Meter Frühjahrs- u. Sommer-
Stoff für M. 1.80 Pfg.
6 Meter Waschstoff zum Kleid für . . . M. 1.68 Pfg.
6 Meter Sommer-Nouveauté zum Kleid für M. 2.10 Pfg.
6 Meter Sommer-Nouveauté dop. br. z. Kl. f. M. 2.70 Pfg.
5 Meter Loden, vorzgl. Qual. dop. br. z. Kl. f. M. 3.90 Pfg.
Modernste Kleider- u. Blousenstoffe in grösster Auswahl. Oettinger & Co., Frankfurt a. M., Versandhaus. Separat-Abtheilung für Herrenstoffe: Stoff zum ganzen Anzug M. 3.75. Cheviot zum ganzen Anzug M. 5.85.

Seidenstoffe Bevor Sie Seidenstoffe kaufen, bestellen Sie zum Vergleich die reichhaltige Collection d. Mechan. Seidenstoff-Weberei **MICHEL & Co. BERLIN** Königl. Niederländ. Hoflieferanten • Leipziger Strasse 43. Deutschlands größtes Specialhaus für Seidenstoffe und Sammete.

Kirchliche Anzeigen.
Evangelische Haupt-Kirche zu St. Marien.
Mittwoch, Abends 5 Uhr: **Passions-gottesdienst.**
Herr Pfarrer Bury.
Neustädt. Ev. Pfarrkirche zu Heil. Drei-Königen.
Mittwoch, Abends 5 Uhr: **Passions-Abendgottesdienst.**
Herr Pfarrer Rahm.
St. Annenkirche.
Mittwoch, Nachm. 3 Uhr: **Passions-gottesdienst.**
Herr Pfarrer Walleke.
Heil. Leichnam-Kirche.
Mittwoch, Abends 5 Uhr: **Passions-Andacht.**
Herr Superintendent Schieferdecker.
St. Pauluskirche.
Donnerstag, Nachmittags 5 Uhr: **Passionsandacht.**
Reformirte Kirche.
Mittwoch, den 9. März: **Keine Passionsandacht** wegen Heiligkeit des Herrn Predigers.
Elbinger Standesamt.
Vom 8. März 1898.
Geburten: Kutscher Gustav Anton L. — Kaufmann George Lindner S. — Arbeiter Gottfried Kolmssee L. — Schlosser Gustav Fietkau S. — Fabrikarbeiter August Viedtke S. — Arbeiter Wilhelm Dohmann L. — Fleischermeister Adolf Plauschin L. — Händler Wilhelm Frenzel S.
Aufgebote: Klempner Friedrich Stadell mit Franziska Springstein. — Arbeiter Anton Wagner - Wufen mit Maria Köhrich - Elbing. — Arbeiter August Mitsch mit Amalie Sager. — Feuerwehrmann August Brosch mit Auguste Rey. — Maler Bruno Rah-lau mit Maria Borowski. — Arbeiter Adolf Komander-Elbing mit Anna Et-sabeth Pöblich-Worchertsdorf.
Sterbefälle: Schuhmacher Gustav Schart L. d. J. — Kaufmann George Lindner S. L. — Arbeiter Anton Grunenberg S. L. J. — Werkmeister Friedrich Berndt L. 9 M.

Liederhain.
Stadt-Theater.
Mittwoch, den 9. März:
Einmaliges Gastspiel von **Ludwig Lindikoff** vom Stadttheater in Danzig.
(Bei halben Kassenpreisen.)
Hans Suckeborn.
Schwan in 3 Akten von Dr. D. Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Donnerstag, den 10. März:
Vortheilsvorstellung für die Elbinger Königin Luise-Stiftung.
Colberg.
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Heyse.
Anfang 7 Uhr.
Die Sitzung des **Elb. Landw. Lokal-Vereins** findet nicht **Donnerstag, den 10. d. Mts.,** sondern **Donnerstag, den 17. d. Mts.,** statt.
Der **Vorsitzende, Grube.**
Deffentliche Versteigerung!
Am **Mittwoch, den 9. d. M.,** Vorm. 10 Uhr,
werde ich in meinem Pfandlokale, **Woll-weberstraße 5, hier**
1 Kleiderstund, 1 Sopha, 1 Re-gulator, 9 Kanarienvögel nebst **Bauer, 1 Fontaine, Büsten, Kämme, Parfüm u. A. u.** gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteige n.
Elbing, den 8. März 1898.
Nickel, Gerichtsvollzieher.

Kaiser Wilhelm-Spende.
Allgemeine deutsche Stiftung für Alters-Renten- und Kapital-Versicherung
versichert kostenfrei gegen Einlagen (von je 5 Mark) lebenslängliche Alters-Renten oder das entsprechende Kapital.
Auskunft ertheilt und Druckfachen versendet die Zahlstelle
Elbing, Innerer Marienburgerdamm 6.
Damus, Rendant a. D.

Deffentliche Versteigerung!
Donnerstag, d. 10. März ex.,
Vormittags v. 9 Uhr ab,
werde ich hier, Vorbergstraße Nr. 6,
zufolge Auftrages des Pfandleih- und Lombardgeschäfts von S. Braun die im Pfandbuche deselben unter Nr. 4146 bis 7531 verzeichneten Pfand-stücke bestehend in:
Kleidungsstücken, Wäsche, Bet-ten, Nähmaschinen, Spiegeln, Regulatoren, Bildern, Musik-Instrumenten u. s. w.
und
Freitag, den 11. März ex.,
Vormittags v. 9 Uhr ab:
Taschenuhren, Gold- u. Silber-sachen zc.
meistbietend gegen Baarzahlung ver-steigern.
Elbing, den 8. März 1898.
Scheessel, Gerichtsvollzieher.

Ende dieses Monats ziehe ich um nach **Schmiedestr. 9** und um mir den **Umzug** zu erleichtern, verkaufe ich von heute ab meine Waarenbestände **20-25 Prozent billiger wie bisher.**
Ich erwähne besonders von **Nickelwaaren:**
rein Nickel Kochgeschirr, rein Nickel Tafelgeräth, Kaffee- und Thee-Maschinen, Kaffee- und Thee-Service. Ferner: Wasch-maschinen, Mangeln, Fleisch-hackmaschinen, Blumentische, Vogelfäße, Badeartikel, Ge-müse- und Gewürz-Stageben, Waschgarnituren.
Zum Selbstkostenpreis verkaufe ich aus: Lampen, Kro-nen, Anpeln, Gusseisernes Kochgeschirr, Kinderbettstellen, Petroleumheizöfen, Ofenvor-seker, Holzbrandfächer, Pflanzenkübel u. v. A. m.
Bruno Ernst, Magazin für Haus und Küche. Heiliggeist- und Mauerstrassen-Ecke.

Eingemachte Früchte in Zuckersaft: empfiehlt billigt die **Obsthalle** Alter Markt.

Für Fleischer!
Majoran la, Salpeter, weisser Pfeffer, Meat-Preserve, Meat-Preserve-Crystal zc. empfiehlt
(Wiederverkäufern möglichststen Rabatt)
J. Staesz jun., Elbing, Königsbergerstr. 84 u. Wasserstr. 44. Specialität: **Streichfertige Farben.**
Bruteier!
Von meinen hochfeinen **Langshan** × **Oberbater** gebe **Bruteier** ab à Stück 20 Pf.
E. Reichelt, Fühervorberg 38.
Obstmarmeladen, pro Pfund von 30 s an.
Obsthalle Alter Markt.
Wer Stellung sucht, verlange unsere „Allgemeine Vakanzen-Liste“.
W. Hirsch Verlag, Rammheim.
Haus mit Gart., gr. Bleiche zc. preisw. z. verk. F. J. Strobel Alt. Markt 17, I. Daf. erstl. Hypothek v. 1200 A zu haben.
Donnerstag, den 10. d. M., von 6 Uhr Abends, sind meine Lokalitäten an eine ge-schlossene Gesellschaft zu vergeben.
Gutjahr, Marktshof.

Heute, **Mittwoch,** werden die **frischen, schwedischen Serringe** feil-gehalten, ebenso **vorzügl. Rauchs-lachs.**
C. Häbert, Fischmarkt.

Freundl. Wohnung billig zu vermieten. Näheres **Brandenburgerstr. 31, I.**

Hierdurch erlaube mir einem hochgeehrten Publikum von Elbing und Umgegend die ganz ergebene Mittheilung zu machen, dass ich mit dem heutigen Tage mein im Jahre 1862 gegründetes

Pelzwaaren-, Hut- u. Mützen-Geschäft

an Herrn **Eugen Wagner** übergeben habe.

Indem ich für das mir in so reichem Maasse entgegengebrachte Vertrauen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

J. Gehrman.

Bezugnehmend auf obige Annonce gestatte mir, einem hochgeehrten Publikum ganz ergebenst mitzutheilen, dass das

Pelzwaaren-, Hut- u. Mützen-Geschäft

des Herrn **J. Gehrman, Brück- und Wasserstrassenecke**, durch Kauf in meinen Besitz übergegangen ist und ich dasselbe unter der Firma **Eugen Wagner, J. Gehrman's Nachflgr.** in unveränderter Weise weiterführen werde.

Durch langjährige Thätigkeit in den ersten Geschäften von Paris und London etc. bin ich im Stande, auch den weitgehendsten Ansprüchen eines verehrlichen Publikums zu genügen.

Indem ich mein mit den grössten Neuheiten der Saison reich assortirtes Lager einem hochgeehrten Publikum bestens empfehle, sichere ich bei billigster Preisnotirung coulanteste Bedienung zu und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst

Eugen Wagner, J. Gehrman's Nachflgr.

Gewerbehaus.

Sonntag, den 13. März 1898:

Grosses Bockbierfest mit Concert.

A. Speiser.



Möve-Fahrräder.

Möve-Fahrräder,

1898er Modell,

Fabrikat ersten Ranges,

empfehlen in großer Auswahl zu billigen Preisen

C. B. Fischer Nachf.

(Inh. W. Gehrman),
Heilige Geiststraße 57/58.

Fahrunterricht kostenlos.

Möve-Fahrräder.

Geschäfts-Gründung.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Mittheilung, daß ich am Montag, den 7. d. Mts., im Hause

Innerer Mühlendam Nr. 33

ein Materialwaaren- und Vorkostgeschäft,

verbunden mit

Bier-Verlag und Michhandel

eröffnet habe.

Bei reeller Bedienung und billigster Preisnotirung bitte um gütigen Zuspruch.

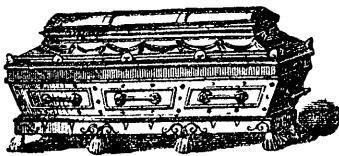
Hochachtungsvoll

G. Liedtke.

Das Leichenbestattungs-Institut von

empfehlen sein

B. Herder



großes Lager

von

Särge in Metall und Holz

von den einfachsten bis zu den elegantesten nebst den dazu passenden Ausstattungen.

Leichenwagen und Träger

stelle zu concurrenzlos billigen Preisen und bin im Stande, zu gleicher Zeit 2-3 Leichen ohne Verzögerung zu befördern.

B. Herder, Jg. Hinterstr. 24, i. d. Nähe d. Mt. Markt.

Elbinger Tapeten-Versand-Geschäft

Lange Hinterstr. 32. **C. Quintern** Lange Hinterstr. 32.

Die neuen Tapeten für die Saison 1898 sind eingetroffen und bieten bei ca. 500 neuen geschmackvollen Mustern eine überaus reiche Auswahl.

Die Preise sind die denkbar billigsten.

Reste

vorjähriger Saison bis 40 No. von einer Partie werden enorm billig ausverkauft.

Musterbücher überallhin franco!

Gleichzeitig suche passende Geschäfte in kleineren Städten, welche Niederlagen übernehmen wollen.

Zu den Einsegnungen:

Schwarze reinwollene Kleiderstoffe

Robe von Mk. 4,50 an bis zu den feinsten Gattungen.

Weisse und ivoire reinwollene Kleiderstoffe

Robe von Mk. 6,00 an.

Gestickte Batist-Roben

von Mk. 4,50 bis Mk. 20,00 in grösster Auswahl.

Joh. Lau.

Räumungs-Ausverkauf!!

zurückgesetzter Waaren

letzter Saison.

Damenmäntel 3 Mk. Kindermäntel 1.30.

Damenjaquettes 1,50.

Knabenanzüge von 2 Mk. an.

Portièrenstoffe Mtr. 48 Pf.

Pelucheteppiche 4,50 Mk.

Einzelne Roben 3 Mk.

Reste Kleiderstoffe, sehr billig.

Reste Handtücher u. Tischtücher. Servietten 20 Pf.

Restcoupons

von Handtüchern und Creasleinen.

Glacé-Handschuhe 95 Pf.

Regenschirme 75 Pf.

Strümpfe 25 Pf.

und vieles Andere mehr.

D. Loewenthal's Kaufhaus.

Mittwoch
Donnerstag
Freitag

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. März.

Erste Beratung der Novelle zum Postgesetz.
Durch dieselbe soll das Mindestgewicht für gewöhnliche Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht und dem Reichskanzler die Ermächtigung erteilt werden, den Geltungsbereich der Ortsbriefstare auszudehnen. Das Postregal soll auf die Beförderung geschlossener Briefe im Ortsverkehr ausgedehnt werden.

Staatssekretär v. Poddieleski: Der Ausfall, der durch die vorgeschlagenen Erleichterungen in der ersten Zeit entstehen würde, ist auf rund 5 1/2 Mill. zu veranschlagen. Außerdem soll ebenfalls auf Grund dieses Gesetzes die Gebühr für Postanweisungen von geringerem Betrage auf 10 Pfg. herabgesetzt werden. Dies eingeschlossen, würde sich der Ausfall auf 7 Millionen beziffern. Es sind etwa 700 Orte bereits vorgelesen, für welche die Portonerleichterung in Kraft treten soll. Von den 70 Privatposten, die wir haben, bestehen 60 erst seit 1893. Man kann sich heute der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß die Privatgesellschaften ein Pahl im Fleische der Postverwaltung geworden sind. Bei der Ausdehnung, den der Briefverkehr in den großen Städten angenommen hat, liegt keine Verschiedenheit mehr vor zwischen dem Ortsverkehr und dem Verkehr von Ort zu Ort. Damit rechtzeitig auch vollkommen die Ausdehnung des Postregals. Im Auslande besteht überall das Regal auch für den Ortsverkehr. Privatgesellschaften bestehen nur für die großen Städte. Weshalb sollen denn gerade die großen Städte ein Vorrecht haben? Die Gesamtheit wird dadurch nur geschädigt, denn die Einnahmen, die den Privatgesellschaften zufließen, könnten doch der Allgemeinheit zu Gute kommen. Nähmen die Gesellschaften die gleiche Belastung auf sich, welche die Reichspost hat, so würden sie bei den bestehenden Tarifen auch nicht weiterarbeiten können. Die Privatposten sind nicht die Posten des kleinen Mannes, sie erleichtern nur dem Handel und der Industrie ihren Verkehr. Also nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat erheblichen Nutzen von ihnen. Die Post dient dagegen der Allgemeinheit. Durch steigende Einnahmen allein aber kann sie in den Stand gesetzt werden, auf dem Wege der Tarifherabsetzung weiter fortzuschreiten. Wir verfolgen also mit der Maßnahme keineswegs ein rein fiskalisches Interesse. Wir gefährden aber auch nicht die Existenz tausender von Angestellten der Privatgesellschaften. Es handelt sich nur um etwas über 2000, und von diesen findet ein großer Teil bei den Privatgesellschaften überhaupt nur eine vorübergehende Beschäftigung bei geringer Entschädigung. Die Frage, ob ein Entschädigungsrecht vorliegt, würde danach zu beurteilen sein, ob den Privatgesellschaften ein wohlverworfenes Recht zur Seite steht. Ein solches Recht besitzen die Gesellschaften nicht, denn die Beförderung von Ortsbriefen kann Seber übernehmen. Das Reich hat aber unzweifelhaft ebenso gut das Recht, die Beförderung in die Hand zu nehmen. Eine Entschädigung dafür würde nur zuzubilligen sein, wenn damit ein Privilegium be-

rührt würde; ein solches Privilegium besteht aber nicht. Man könnte also eine Entschädigung höchstens aus Billigkeitsrücksichten zuerkennen, ein solcher Weg würde aber sehr bedenklich sein und zu gefährlichen Konsequenzen führen. Und bis jetzt ist der Weg meines Wissens noch nicht beschritten worden. (Abg. Bachme: Branntweinsteuer!) Ich bin nicht Landwirtschafts- und nicht Handelsminister, brauche also auf diesen Zwischenruf nicht zu antworten. Was die Einstellung der bisherigen Beamten der Privatgesellschaften bei der Reichspost betrifft, so wird die letztere das weitestgehende Entgegenkommen zeigen und insbesondere von der Innehaltung der Altersgrenze bei den betreffenden Bewerbungen absehen. Alles in Allem bringt die Vorlage der Allgemeinheit großen Nutzen, sie beseitigt dafür nur Vorrechte, welche die großen Städte bis jetzt auf Kosten der Allgemeinheit gehabt. Die Einnahmen, die jetzt in die Taschen Einzelner fließen, sollen dazu dienen, die Tarife zu Gunsten der Allgemeinheit herabzusetzen.

Abg. Dr. Hasse (nl.): Meine Freunde können sich bezüglich der Konsequenzen, welche die Ausdehnung des Postregals auf geschlossene Briefe haben muß, nicht ganz auf den Boden der verbündeten Regierungen stellen. Die Privatgesellschaften haben einen großen Umfang angenommen, sie stehen durchaus auf gesetzmäßigem Boden. Jedenfalls dürfte den Gesellschaften aus Billigkeitsrücksichten eine Entschädigung zuzubilligen sein, deren Höhe von einer besonderen Kommission festzusetzen sein würde. Zu entschädigen würden dabei nicht nur die Gesellschaften sein, sondern auch die Angestellten. Im Interesse des Publikums, das sich an die billigen Portosätze der Privatgesellschaften gewöhnt hat, spreche ich die Erwartung aus, daß die Portosätze für den Ortsverkehr auch nach weiter hin ermäßigt werden möchten. Meine Freunde wünschen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern, der jedoch die Entscheidung der schwierigen Entschädigungsfrage nicht zu übertragen sein würde.

Abg. Graf Bernsdorff-Lauenburg (Reichsp.): Manche Gesellschaften, wie die Berliner Paketfahrtgesellschaft, werden auch ihre Bedeutung noch behalten, wenn ihnen die Beförderung geschlossener Briefe verweigert werden würde. Der Betrieb der Berliner Gesellschaft ist ja auch schon verschiedentlich durch Konkurrenzunternehmungen beeinträchtigt worden, und sie hat diese Gesellschaften später abfinden müssen. Vor solchen Konkurrenten würde die Gesellschaft auch ferner nicht sicher sein, und dafür würde es doch auch keine Entschädigung geben. Demnach hat auch das Reich keine Entschädigungspflicht. Dagegen dürfte es der Billigkeit entsprechen, daß die Beamten der Gesellschaft, die entbehrlich werden, soweit sie brauchbar sind, in den Dienst der Reichspost übernommen werden.

Abg. Dr. Mintelen (Zentr.): kann der Ausdehnung des Postregals nicht zustimmen. Von den für dieselbe geltend gemachten Gründen kann ich keinen einzigen als stichhaltig anerkennen. Es liegt keine Nothwendigkeit einer Ausdehnung des Monopols der Reichspost vor. Würde die Ausdehnung aber eintreten, so könnte sie nur gegen Entschädigung

erfolgen. Ich möchte beantragen, die Vorlage der mit der Vorberatung der Postdampfervorlage betrauten Kommission zu überweisen.

Staatssekretär v. Poddieleski kündigt für den Fall der Annahme der Vorlage nochmals ausdrücklich eine Herabsetzung der Gebühr für Postanweisungen von kleineren Beträgen als unmittelbare Folge an. Dazu bedürfte es keines Gesetzes, sondern einer einfachen Verordnung des Reichskanzlers.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Daß für die Existenz der Privatposten ein Bedürfnis vorgelegen hat, kann im Grunde heute nicht mehr bestritten werden. Ihre Bedeutung gerade für den kleinen Mann, dem durch die Reflame der großen Waarenhändler außerordentlich das Dasein erschwert wird, wird von dem Staatssekretär ganz unterschätzt. In Hannover ist durch eine Enquete, bei der 10000 Karten ausgefand wurden, festgestellt, daß die Bevölkerung mit den Leistungen der Privatanstalt durchaus zufrieden ist. Von den 10000 Karten sind 7000 beantwortet worden und keine einzige davon spricht sich im gegenwärtigen Sinne aus. Daß der Staat alles viel besser machen werde, als die Privatanstalten, wird man jedenfalls nicht ohne weiteres glauben. Sollte die Vorlage angenommen werden, so müßte jedenfalls eine Entschädigung für die Beamten einerseits und für die Beamten der Privatanstalten andererseits vorgesehen werden. Das Richtige aber wäre, der Reichstag nähme nur den ersten Teil der Vorlage mit den Portoverminderungen an, lehnte aber die Erweiterung des Postregals rundweg ab.

Abg. Kettich (konf.): Ich habe im Gegensatz zum Vorredner Namens meiner Freunde deren Zustimmung zu der ganzen Vorlage zu erklären, ob eine Entschädigung vielleicht aus Billigkeitsrücksichten zu gewähren sein würde, mag zunächst in der Kommission zu prüfen sein. Jedenfalls werden meine Freunde ohne die Ausdehnung des Postregals auf die geschlossenen Stadtbriefe nicht für die Vorlage stimmen können.

Abg. Wurm (Soz.): Meine Freunde stehen den vorgeschlagenen Reformen nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Mit der Ausdehnung des Postregals aus allgemeinen Verkehrsrücksichten würden wir ebenfalls einverstanden sein, nicht aber mit einem solchen aus fiskalischen Interessen. Die Ausfälle, die der Staatssekretär befürchtet, ließen sich leicht vermeiden, wenn das Stadtposto anstatt auf 5 gleich auf 3 Pfennig herabgesetzt werden würde. Jedenfalls müssen die entschädigt werden, welche die Ausdehnung des Postregals schädigt. Das Briefgeheimnis ist jedenfalls bei den Privatgesellschaften oft besser gewahrt gewesen, als manchmal bei der Reichspost.

Staatssekretär v. Poddieleski: Diese letztere Bemerkung muß ich als unbegründet zurückweisen. Mein Vorgänger und ich sind stets bemüht gewesen, das Briefgeheimnis unbedingt aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Lieber (Zentr.): Kein Reichstag wird die Erweiterung des Postregals zugestehen können, ohne volle Entschädigung der betreffenden Gesellschaften. Ob diese Entschädigung in barem Gelde erfolgen soll, oder ob man sie so sichert, daß man den bestehenden Gesellschaften das Fort-

bestehen ermöglicht und nur die Bildung neuer Gesellschaften verbietet soll, mag der Kommission vorbehalten bleiben, ebenso die Erwägung, in welcher Weise die Entschädigung der Angestellten erfolgen soll. In der vorliegenden Form kann die Vorlage jedenfalls Annahme nicht finden.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Ich hoffe, die Vorlage wird überhaupt nicht zur Annahme gelangen, wenigstens nicht die Bestimmung über die Erweiterung des Postregals. Eine Entschädigung der betroffenen Gesellschaften müßte jedenfalls eintreten. Gerade im Interesse der Reichspost selbst sollte die Konkurrenz der Privatgesellschaften aufrechterhalten und geschützt werden. Je leistungsfähiger die Konkurrenz wird, umso mehr wird die Reichspost gezwungen, ihre Pflichten gegen das Publikum zu erfüllen. Man befolge also den Grundsatz: Leben und leben lassen.

Abg. Zimmermann (Resp.): Die Ausdehnung des Postregals können wir jedenfalls nicht ohne eine ausreichende Entschädigung der Privatgesellschaften bewilligen.

Abg. Dr. v. Bucha (konf.) erklärt, daß nach seiner Ansicht die Privatgesellschaften unbedingt entschädigt werden müßten.

Nächste Sitzung Dienstag. (Fortsetzung der Berathung. Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit, Gesetz betr. Entschädigung unschuldig Verurthelter)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 7. März 1898.

Kultusetat.

Abg. Knörke (fr. Sp.) beschwert sich über die Ausführung des Lehrerbeförderungsgesetzes. Es liege die Gefahr vor, daß der Minimallohn, der doch nur mit Rücksicht auf die besonders billigen Orte in das Gesetz aufgenommen worden sei, nicht die Ausnahme bleibe, wie man angenommen, sondern Regel werde.

Abg. Gamp (Reichsp.) bringt die vom früheren Unterstaatssekretär, jetzigen Kurator der Unterfität Bonn beim Jubiläum der landwirthschaftlichen Akademie in Poppelsdorf gehaltene Rede zur Sprache, in der er der Landwirtschaft den Vorwurf gemacht habe, sie gehe in ihren Anforderungen zu weit.

Minister Dr. Boije erklärt, daß er nicht in der Lage sei, den Inhalt der Poppelsdorfer Rede des Herrn v. Rottenburg zu vertreten. Er hätte aber doch gewünscht, daß die Kritik des Vorredners an derselben etwas weniger scharf in der Form hervorgetreten wäre.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) fordert es als ein unbestrittenes Recht der Eltern polnischer Kinder, diesen den Unterricht nach ihrem Dafürhalten erteilen zu lassen.

Ministerialdirektor Dr. Kuegler stellt in Abrede, daß die Regierung der Ertheilung von polnischem Sprachunterricht in den Schulen irgend welche Schwierigkeiten bereite. In einzelnen Kreisen habe sich aber gar kein Bedürfnis für solchen Unterricht ergeben. Bezüglich des Privatunterrichts müßte die

Märchen.

Roman von F. Arnefeldt.

Nachdruck verboten.

24) Leonardo seufzte tief. Wie stand es um das Andenken seines Todten?

„Und jetzt, Herr Graf, will ich Abschied nehmen!“ fuhr Wilbenow sich erhebend fort: „Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen wehe thun mußte!“

Statt der Antwort schloß ihn Leonardo in die Arme: „Grüßen Sie Ihre Gemahlin und fragen Sie sie, ob sie sich entschließen kann, mich zu sehen.“ „Gewiß, Vetter!“ entgegnete Wilbenow, die Umarmung erwidern und die verwandtschaftliche Anrede betonend.

„Darf ich auch kommen?“ fragte del Wasse.

„Auch wir werden viel gut zu machen haben.“

Noch ein Händedruck, dann verließ, von Leonardo bis zur Thür geleitet, Graf Wilbenow die Villa. Auch Giacomo nahm bald darauf Abschied. So leid es ihm that, den Freund allein zu lassen, er wußte, mit welcher Ungeduld er erwartet ward, und er brante selbst vor Begierde, seiner Mutter und Clelia mit der wunderbaren Geschichte bekannt zu machen.

XXI.

„Zürnst Du mir, Kliliane?“ fragte Graf Wilbenow, der mit seiner Gattin auf dem Sofa des freundlichen, aber recht einfach möblirten Wohnzimmer saß, das sie nebst einem Schlafzimmer in der Pension Tellenbach inne hatten. Er war soeben von seinem Besuch in der Villa Grittano zurückgekehrt und hatte ihr den Selbstmord des Grafen Vinzenzo und von seiner Unterredung mit dessen Sohn berichtet. „Es war mir unmöglich, dem armen, tiefgebeugten Grafen Grittano zu sagen: Ihr Vater war ein gemeiner Verbrecher, der seiner Nichte wesentlich Namen und Vermögen vorenthalten und einen Räuber und Mörder gegen sie ausgesandt hat.“

Kliliane schaute finster vor sich hin und entgegnete: „Verzeih, Ernst, ich kann mich nicht so schnell zu der Höhe Deiner Anschauungen aufschwingen. Bedenke, es war meine Mutter, die so entsetzlich enden, ein so bedauernswerthes Dasein führen gemußt! Ich habe schon jenen Glenden straflos ent-

wischen lassen müssen, soll sie denn ganz ungerächt bleiben?“

„Die Rache ist mein, spricht der Herr!“ sagte Ernst und legte beschwichtigend die Hand auf ihren Arm. „Der Schuldige ist der irdischen Strafe entronnen, warum den Unschuldigen noch schwerer treffen, als dies ohnehin geschehen ist, denn er kennt den Zusammenhang, auch ohne daß ich ihn ihm erklärt hätte. Wenn Du ihn gesehen hättest —“

„Ne! Ne!“ unterbrach ihn Kliliane mit heftigerkeit. Graf Wilbenow aber schüttelte mit leisem Lächeln den Kopf. Er kannte seine Frau genug, um zu wissen, daß ihre in der Leidenschaft gefaßten Entschlüsse vor der ruhigen Ueberlegung nicht Stand hielten.

„Du hast ihm garnichts von dem Bekenntniß gesagt, das jener Glende, dessen Namen ich nie erfahren soll, uns aus Brindisi geschickt hat?“

„Nein, Kliliane, ich sagte Dir schon, ich brachte es nicht übers Herz; jener hat ja die Rache für uns übernommen, er hat ebenfalls aus Brindisi an die Kriminalpolizei die Anzeige geschickt, die den Grafen in den Tod getrieben hat.“

„Um eines Stockschlages willen, den er so wohl verdient hatte. Und ich!“ seufzte Kliliane.

„Du wirst doch keinen Vergleich zwischen Dir und diesem Menschen ziehen wollen,“ sagte Ernst, unmutig die Stirn faltend. „Komme, sei meine gute, einsichtsvolle Kliliane und sage, daß Du zufrieden mit meiner Handlungsweise bist.“

Kliliane verzog den Mund wie ein Kind, das abbitten soll, dazu aber garnicht recht aufgelegt ist, und antwortete:

„Du hast es so für Recht befunden und ich füge mich, denn nie werde ich mich gegen etwas auflehnen, was Du gethan hast; aber gut heißen kann ich es noch nicht. Laß mir Zeit. Zu frisch blutet noch die Wunde, die mir durch diese Schilderungen geschlagen ist!“ Sie legte die Hand auf einen Briefbescherer, unter dem sich einige beschriebene Blätter befanden.

„So solltest Du sie nicht immer wieder von Neuem aufreißen,“ entgegnete ihr Gatte, ihre Hand festhaltend, aber sie entzog sie ihm und bat: „Laß mich, Ernst, laß mich, ich weiß am besten, wie ich mit mir fertig werden kann.“

Sie zog die Blätter hervor und vertiefte sich in deren Inhalt. Ernst machte keinen Versuch weiter,

sie zurückzuhalten. Leise öffnete er die Thür des aufstehenden Schlafzimmers und zog sich dahin zurück. Auch ihn verlangte es, die empfangenen Eindrücke still mit sich zu verarbeiten.

Giuseppe Banelli hatte sich Kliliane gegenüber als vollkommen ehrlich erwiesen. Von Brindisi, wo er sich eingeschifft, hatte sie am vergangenen Tage eine ausführliche Schilderung der Vorgänge in der Diesenthalerstraße in Berlin erhalten, durch die er in den Besitz der wertvollen Papiere gelangt war und Frau von Brenken den Tod gefunden hatte.

Selbstverständlich stellte er sich als den Berührten hin, dessen Noth Graf Vincenzo Grittano geschickt benutzt hatte, um ihn zu seinem Werkzeuge zu machen. Durch große Versprechungen verlockt, war er nach Deutschland gereist und hatte unter der Maske eines italienischen Gipsfigurenhändlers sich Frau von Brenken, deren Wohnung und selbstsame Lebensgewohnheiten er alsbald auskundschaftet, zu nähern gemußt.

Es war ihm gelungen, das Vertrauen der menschenschönen, argwöhnischen Frau zu gewinnen, indem er sie italienisch anredet und ihr gesagt hatte, sie müsse eine Landmännin von ihm sein, so wie sie könne nur eine Frau aussehen, die im sonnigen Süden geboren sei. Hocherfreut hatte sie ihm ihre Geschichte erzählt, worauf er sich erboten, mit dem Grafen Grittano für sie zu unterhandeln, er kenne den alten Fruch und wisse, wie mit ihm verfahren werden müsse. Dazu müsse er aber Einsicht in die Papiere nehmen.

Frau von Brenken hatte sich schwer entschlossen, ihn zu diesem Zweck in ihre Wohnung kommen zu lassen, er hatte es aber durchgesetzt, sie hatte ihm erlaubt, am Abend, wenn alles still im Hause war, in ihre Wohnung zu kommen. Sogleich bei seinem ersten Besuch war es ihm gelungen, einen Abdruck vom Schlosse zu nehmen, wonach er sich einen Nachschlüssel anfertigen ließ. Er hoffte auf diese Weise, in Abwesenheit der alten Frau in deren Wohnung dringen und sich die kostbaren Papiere aneignen zu können, gewahrte aber bald, daß er so nicht zum Ziele kommen werde. Frau von Brenken trug ihren Schatz beständig in einer alten Brieftasche auf ihrer Brust und legte diese auch während der Nacht nicht ab. Nur wenn sie badete, was sie regelmäßig in der Woche einmal in ihrem Zimmer in einer Wadenwanne that, die sonst zusammengehoben in der

Küche stand, legte sie die Brieftasche dicht neben sich. Darauf baute Banelli, der das Leben der Unglücklichen zu einer Art Studium gemacht, seinen Plan.

Während Frau von Brenken in der Küche hantirte, um warmes Wasser zu bereiten, hatte er sich in die Stube geschlichen und sich hinter dem Bett verborgen. Sobald sie die Brieftasche abgelegt und ins Bad gestiegen war, stürzte er aus seinem Versteck hervor, wollte sich der Brieftasche bemächtigen und aus dem Zimmer eilen, aber Frau von Brenken sprang aus der Wanne, warf ein Hemd über und schrie um Hilfe. Jetzt blieb ihm nichts übrig als ihr die Röhle zuzurücken, als er aber die Hände nach ihr ausstreckte, fiel sie mit einem heiseren Schrei zu Boden.

Schreck und Angst hatten ihr einen Schlagfluß zugezogen, der ihren Tod augenblicklich zur Folge gehabt haben mußte. Banelli, der sich noch über eine Stunde im Zimmer aufgehalten und alles durchsucht hatte, behauptete wenigstens, daß sie schon ziemlich kalt gewesen, als er seine weiteren Maßnahmen getroffen.

Er hatte das Badeluch und das Hemd angezündet, die Petroleumlampe umgeworfen und sich die Thür mit seinem Nachschlüssel verschließend und die Brieftasche mit sich nehmend, davon gemacht. Da das Feuer bei den festgeschlossenen Fenstern keinen Luftzug bekommen, hatte es nicht, wie er gehofft, weiter um sich gegriffen, und man hatte den angekokelten Leichnam gefunden.

Trotzdem nirgends ein Verdadht geäußert wurde, hatte Banelli nicht gewagt, direkt von Berlin nach Rom zu reisen, sondern erst einige Streifzüge als Gipswaarenhändler gemacht. Endlich in Rom angekommen, hatte er sich auch nicht sogleich bei Graf Vinzenzo Grittano gemeldet, sondern sich verborgen gehalten, um erst Kopien von den Dokumenten anzufertigen. Er wollte zunächst diese an den Grafen verkaufen, und später durch die Originale mehr Geld zu erpressen, als er sich aber überzeugt, daß von diesem nichts mehr zu erlangen war, hatte er sie der Tochter der Verstorbenen verkauft.

Zum Dank für ihre gewissenhafte Erfüllung der von ihm gestellten Bedingungen hatte er diese wahrheitsgetreue Schilderung des Hergangs für sie niedergeschrieben und dieselbe in dem Augenblick an sie abgesandt, wo er sich auf das Schiff begeben,

